

Änderungsantrag

Antrags Nr.: AN/0186/2020

Antragsteller: Fraktion SPD/LGU/Tierschutzpartei

Änderungsantrag zum Antrag 0184/BF/2020 FDP/Piraten "„Mobilität fördern, Straßensperrungen zwischen Reinickendorf und Glienicke verhindern,, - Fraktion SPD/LGU/Tierschutzpartei

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Oberhavel fordert den Landrat auf:

1. die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz des Landes Berlin, anzuschreiben, um die von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Reinickendorf von Berlin am 13. Mai 2020 beschlossenen Sperrungen im so genannten Waldseeviertel zu verhindern.
2. im Nahverkehrsbeirat und im Ausschuss für Wirtschaft, Mobilität und Digitalisierung über Mobilitätslösungen zu beraten, die kurz- sowie langfristig (Mobilitätskonzept Oberhavel 2040) die Verkehrssituation an der Landesgrenze zwischen Glienicke und Berlin-Hermsdorf entschärfen könnten.
3. mit den zuständigen Straßenbaulastträgern zu klären, inwieweit durch verkehrsrechtliche Maßnahmen (z.B. Verkehrslenkung, Ampelschaltung, etc.) ein besserer Verkehrsfluss auf den Hauptverkehrsstraßen ermöglicht wird, die eine Nutzung von „Schleichwegen“ überflüssig machen.
4. gemeinsam mit der Gemeinde Glienicke/Nordbahn die Einrichtung einer Pfortnerampel mit Geschwindigkeitsüberwachung als Pilotprojekt für den Landkreis Oberhavel zu prüfen. Zur Beurteilung dieses Pilotprojektes sind vor dem Start und nach dem Ende des Pilotprojektes Verkehrszählungen durchzuführen.

Begründung:

Die Begründung des vorliegenden Antrages wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Die von der Fraktion FDP/Piraten beantragte Forderung, der Landkreis soll mit dem Bezirksamt Berlin-Reinickendorf Kontakt aufnehmen, ist hinfällig, da sich der Landrat mit Schreiben vom 09. März 2020 bereits schriftlich in dieser Angelegenheit an den Bezirksbürgermeister gewandt hat.

Dieses Schreiben wurde vom Bezirksbürgermeister an die BVV-Vorsteherin und an alle BVV-Fraktionen weitergeleitet. Bisher ist noch keine Antwort auf das Schreiben eingegangen.

2. Ebenfalls mit einem Schreiben an den Bezirksbürgermeister, die BVV-Vorsteherin sowie an alle Fraktionen haben sich der Glienicker Bürgermeister und der Vorsitzende der Gemeindevertretung gewandt. Mit diesem Schreiben baten sie Gespräche aufzunehmen und beispielsweise eine gemeinsame Sitzung der zuständigen Fachausschüsse durchzuführen. Auch dieses Schreiben blieb bisher unbeantwortet.

3. Bei der BVV-Tagung am 13. Mai 2020 informierte die zuständige Bezirksstadträtin Katrin Schultze-Berndt, dass die Senatsverkehrsverwaltung in einer Stellungnahme mitgeteilt habe, dass sie eine Sperrung von Straßen an der Landesgrenze „für kein probates Mittel hält.“ Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoller, wenn der Landkreis mit der Senatsverkehrsverwaltung als für die Sperrung zuständige Genehmigungsbehörde Kontakt aufnimmt.

4. Bei einer Pfortnerrampe mit Geschwindigkeitsüberwachung wird die gefahrene Geschwindigkeit dauerhaft überwacht. Bei Überschreitung einer bestimmten festgelegten Geschwindigkeit schaltet die Ampel für einen signifikanten Zeitraum auf Rot. Somit wird der Verkehrsfluss deutlich verlangsamt, da es sich nicht lohnt schneller zu fahren. Weiterhin nimmt im besten Fall die Menge der täglichen Fahrzeuge, die diesen „Schleichweg“ nutzen, ab, da der Zeitgewinn nicht mehr gegeben ist.

5. Die Lessingstraße und Alte Schildower Straße in 16548 Glienicke/Nordbahn bieten sich für ein Pilotprojekt des Landkreises an, um zu überprüfen, ob eine Pfortnerrampe mit Geschwindigkeitsüberwachung die gewünschte Wirkung erzielt. In anderen Ländern und Landkreise wird solch ein System bereits seit Jahren erfolgreich eingesetzt.

6. Punkt 4 des Antrages von FDP/PIRATEN, „ auf die Landesregierung zuzugehen, um die notwendige Verstärkung landesübergreifender Verkehrsverbindungen zwischen Brandenburg und Berlin zu ermöglichen und zu finanzieren“, ist überflüssig.

7. Die Finanzierung des ÖPNV ist klar und eindeutig geregelt. Weiterhin fährt von Schildow Kirche zum S-Bahnhof Frohnau seit April 2019 der so genannte Kiezbuss (Line 806). Dieser Bus wird derzeit mit rund 500.000 Euro pro Jahr von der Gemeinde Glienicke/Nordbahn finanziert. Es zeichnet sich ab, dass dieses zusätzliche landesgrenzenüberschreitende Angebot zu einem deutlichen Anstieg der ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer führt. Nur einige wenige Fahrten dieser Buslinie erfüllen nicht die Vorgaben des Nahverkehrsplans. Hierzu wurden bereits Veränderungen in den Fahrzeiten von Seiten der Gemeinde Glienicke auf den Weg gebracht.

Datum/ Unterschrift: _____